

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Ostrowski, Gerhard Jüttemann, Rolf Kutzmutz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/6051 –**

Maßnahme-Programm zum wohnungswirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Ländern vorlegen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie anstreben, dass der Bundestag die Bundesregierung in einer Entschlieung auffordert, unverzüglich ein Maßnahme-Programm zur Umsetzung der Vorschläge der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/6051 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Klaus Hasenfratz
Stellvertretender Vorsitzender

Norbert Otto (Erfurt)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Norbert Otto (Erfurt)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/6051 in seiner 170. Sitzung am 17. Mai 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller streben mit ihrem Antrag an, dass der Bundestag die Bundesregierung in einer EntschlieÙung auffordert, unverzüglich ein Maßnahme-Programm zur Umsetzung der Vorschläge der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ vorzulegen.

III. Beratungsverlauf im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 63. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten.

Die **Fraktion der SPD** äußerte im Ausschuss, der Antrag habe sich erledigt, da zwischenzeitlich ein Maßnahmenpaket vorgestellt worden sei. Es seien von der Bundesregierung auch bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Lösung des Problems ergriffen worden. Unter anderem werde die Bundesregierung zur Stabilisierung von Stadtentwicklung und Wohnungsmarkt in den neuen Ländern im Rahmen eines neuen Programms „Stadtumbau Ost“ in den kommenden 3 Jahren Finanzhilfen in Höhe von jährlich 300 Mio. DM zur Verfügung stellen. Der Abriss von Wohnungen alleine löse das Problem nicht; es müsse auch unter dem Aspekt des Stadtumbaus Positives entwickelt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hat im Ausschuss unter anderem zu der Vorlage Drucksache 14/6051 folgenden Antrag eingebracht

„Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wolle beschließen:

- den Antrag auf Drucksache 14/6051 abzulehnen;
- folgende EntschlieÙung dem Deutschen Bundestag zu empfehlen:
 1. Der Deutsche Bundestag begrüÙt die Empfehlung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Leerstand Ost vom 14. Juni 2001, keine unterschiedlichen Regelungen in alten und neuen Ländern für die Wohneigentumsbildung im Neubau im Rahmen der Eigenheimzulage vorzusehen.
 2. Der Deutsche Bundestag bedauert den Beschluss der Bundesregierung vom 13. Juni 2001, im Rahmen des Bundeshaushaltsentwurfs für 2002 ein Programm „Stadtumbau Ost“ von 300 Mio. DM durch gleich hohe Kürzungen bei der Städtebauförderung Ost und bei den in die neuen Länder fließenden Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen

Wirtschaftsstruktur“ zu finanzieren. Der Deutsche Bundestag weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bereits beim Bundeshaushalt 2001 allein bei den Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung und den sozialen Wohnungsbau über 300 Mio. DM weniger Bundesfinanzhilfen im Vergleich zum Bundeshaushalt 1998 für die neuen Länder bereitgestellt wurden.“

Sie vertrat im Ausschuss die Auffassung, die in dem Antrag der Fraktion der PDS geübte Kritik sei zwar im Ansatz berechtigt, sei aber überzogen und verschweige die Erfolge, die in den letzten 10 Jahren in den neuen Bundesländern erzielt worden seien. Abzulehnen sei jedenfalls die Forderung nach einer Rückführung der Eigenheimförderung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hatte die Auffassung vertreten, mit der Einsetzung der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ habe die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag geleistet. Im Rahmen der Novellierung des Altschuldentillegesetzes sei ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der besonders von Leerstand betroffenen Wohnungsunternehmen geleistet worden.

Die **Fraktion der F.D.P.** meinte, grundsätzlich sei eine Entlastung des Wohnungsmarktes Ost erforderlich, aber der Antrag der Fraktion der PDS enthalte keine konkreten Vorschläge zur Bekämpfung der auf dem Wohnungsmarkt der neuen Länder existierenden Probleme. Aber auch die Maßnahmen der Bundesregierung reichten dazu nicht aus.

Die **Fraktion der PDS** erklärte, zwar habe die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Mitte Juni 2001 ihre Tätigkeit beendet und die Bundesregierung habe erkennen lassen, dass sie deren Vorschläge umzusetzen gedenke, insgesamt seien die vorgesehenen Maßnahmen unbefriedigend und lösten das Leerstandsproblem nicht. Auch reichten die Mittel für die Zuschüsse lediglich für rund 150 000 Wohnungen und nicht wie von der Expertenkommission für notwendig erachtet für den Abriss von 350 000 Wohnungen. Die Kommunen seien nicht in der Lage, das Geld für die Kofinanzierung aufzubringen. Sie kritisierte des Weiteren, dass nicht alle Vorschläge der Expertenkommission aufgegriffen würden.

VI. Abstimmungsergebnis im Ausschuss

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Einen u. a. zu der Vorlage Drucksache 14/6051 im Ausschuss eingebrachten Antrag der CDU/CSU-Fraktion (s. unter III.) hat der Ausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. abgelehnt.

Berlin, den 4. Juli 2001

Norbert Otto (Erfurt)
Berichterstatter

